

# Ein Frontalangriff auf den Menschenrechtsschutz

**Am 14. Juni 2026 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab. Hinter dem ökologisch klingenden Titel verbirgt sich eine Vorlage, die zentrale Menschenrechtsabkommen aushebeln und die Schweiz in einen Konflikt mit dem Völkerrecht führen würde.**

Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz soll vor 2050 zehn Millionen Menschen nicht übersteigen. Zwei neue Verfassungsartikel sollen das mit einschneidenden Massnahmen vor allem im Asyl- und Migrationsbereich absichern.

Bei 9,5 Millionen Einwohner\*innen – laut Bundesamt für Statistik wird dies bereits in den frühen 2030er-Jahren erreicht – müssen Bundesrat und Parlament Verschärfungen «insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug» beschliessen. Vorläufig Aufgenommene mit Status F hätten dann keinerlei Aussicht mehr auf eine Aufenthaltsbewilligung.

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



**Nein zur «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»**

Ab 10 Millionen Einwohner\*innen müssen «bevölkerungswachstumstreibende» internationale Abkommen neu verhandelt und nötigenfalls gekündigt werden.

Darunter fallen potenziell:

- der Uno-Migrationspakt
- die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
- die Genfer Flüchtlingskonvention
- die Uno-Kinderrechtskonvention
- der Uno-Pakt II
- sowie weitere internationale Verträge.

Es gehört zur humanitären Tradition der Schweiz, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, Schutz und Sicherheit erhalten. Die Initiative gefährdet nicht nur diese Tradition, sondern untergräbt ausserdem die völkerrechtlichen Institutionen und Verträge, an deren Aufbau die Schweiz massgeblich mitgewirkt hat.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar.

Menschenrechte gelten universell – auch dann, wenn eine Bevölkerungszahl überschritten wird. Diese Verpflichtungen einer Obergrenze unterzuordnen, würde nicht nur Geflüchtete entrechten, sondern den Rechtsstaat als Ganzes schwächen.

Weitere Infos: <https://www.amnesty.ch>

**Nein zur «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»**